

An

Stadtrat der Stadt Speyer

Speyer, 21. 11.2021

Betr.: **Jahresbericht 2021**
des Seniorenbeirats Speyer

Sehr geehrte Fr Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Stadträte*innen,



der Bericht des Seniorenbeirates für das Jahr 2021 erörtert die Themen, welche sich als beachtenswerte Ereignisse und wichtige Maßnahmen für Senioren*innen gezeigt haben. Es wurde 2021 wieder möglich die Sitzungen des Seniorenbeirates als Präsentversammlung durchzuführen. Der Vorstand des Seniorenbeirates konnte wieder Einladungen mit Angaben der Sitzungsthemen an die Mitglieder und deren Vertreter versenden. Unter Beachtung der Corona Sicherheitsregeln gab es, an die Situation angepasst, genügend Teilnehmer zur Thematisierung der vorgegebenen Punkte der Tagesordnung und auch weitere diskussionswürdige Themenvorschläge.

Daraus resultieren folgende neuen Punkte und die weitere Betrachtung noch nicht abgeschlossener Maßnahmen aus 2020.

AG Soziales:

Thematisiert wurde u.a. wieder die Beschaffung von Eintrittskarten für das Schwimmbad. Schaut man auf Regelungen in unserem Nachbarort, so gibt es dort eine zusätzliche Alternative für den Erwerb von Eintrittskarten. Dort können zu bestimmten Zeiten zumindest Restkontingente an Karten für den aktuellen Tag, direkt an der Kasse des Schwimmbades erworben werden. Ein kleiner aber doch effektiver Schritt für Senioren*innen. Darüber sollte man mal nachdenken. Weitere, zukünftige Maßnahmen sollten von Beginn an seniorengerechte Lösungen beinhalten.

Ein weit komplexeres Thema wird wohl die aktuelle und zukünftige Preisentwicklung mit den Schwerpunkten Nahrungsmittel, Energie und Mietkosten einnehmen. Schaut man sich den Armuts-und Reichtumsbericht für Speyer an, gibt es jetzt schon genug grün gekennzeichnete Flächen die ausweisen wo in Speyer Menschen wohnen die mit ihrem Einkommen unter dem Durchschnitt liegen und somit als einkommensschwach gelten und deshalb über keine große Kaufkraft verfügen.

Es besteht die Gefahr, dass aufgrund dieser Preisentwicklung noch mehr grün gekennzeichnete Flächen notwendig werden. Wieviel von den möglicherweise Betroffenen die jetzt schon unter der Armutsgrenze leben sind Rentner und Rentnerinnen, wieviel neue kommen jetzt noch hinzu? Auch wenn es möglich ist einen Teil der o.g. Preiserhöhungen durch Rentenerhöhungen aufzufangen, bleibt immer noch die weitere Entwicklung der Energie- und Mietkosten die keinen Spielraum lassen, Kaufkraft zu erhalten oder zu steigern. Keine guten Aussichten für die Stadtentwicklung.

Ist es zukunftsweisend, zum Ausgleich wieder einmal Sozialleistungen anzupassen und somit dieser inflationären Preisentwicklung den Weg zu ebnen. Ergeben solche von der Kommune finanzierte soziale Aufwendungen wieder Zündstoff für Gedankenspiele um das Für oder Wieder zukünftiger Rentenfinanzierung und der damit verbundenen Rentenerhöhungen? Diese Erhöhungen sind noch die einzige Hoffnung um mit all den geforderten finanziellen Anforderungen Schritt halten zu können. Es gab schon bessere Zeiten für Rentner, jene Zeiten als von der Rente nichts versteuert wurde, auch eine sichere Spareinlage noch etwas abgeworfen hat und nicht durch Negativzinsen das Ersparte als Ausgleich für eine verfehlte Geldpolitik erhalten musste. Bei den viel beworbenen Geldanlagen mit Aktien und anderen spekulativen Geldanlagen habe viele ihre Bedenken. Nicht ohne Grund, den gerade mit diesen auch schon mal als Volksaktie oder auch Neue-Märkte-Aktien gelobten Anlagen, haben schon viele Anleger mehr Negativergebnisse erzielt, als mit zukünftig sicheren Negativzinsen. Die Verunsicherung ist groß. Der Großteil der Senioren und Seniorinnen kann sich es nicht erlauben Geld an Börsenspekulanten zu verlieren. Eines sollten wir uns schon mal bewusstmachen, das Klima für Rentenbezieher verändert sich ebenfalls, auch das wird negative Auswirkungen haben.

Es ist anzunehmen, dass die Schere von Reichtum und Armut schon jetzt eine Dimension erreicht hat die sich nun auch auf das Wahlverhalten auswirkt. Die Wahlen zur Bundestag zeigen, welche Parteien als Hoffnungsträger zu mehr zukunftsgerichteter, sozialer Ausgewogenheit erachtet werden. Auch das ist ein Zeichen der Zeit, dass möglicherweise auch von den Wählern der Ü60 Generation beeinflusst ist und beeinflusst wird. Hier sind neue, grundlegende Weichen zu stellen, die einer sozial verträglichen und ausgewogenen Belastung der Gesellschaft gerecht wird. Winston Churchill war der Meinung:

„Auch dem Sozialismus wohnt eine Tugend inne: die gleichmäßige Verteilung des Elends.“ Das darf sich in der heutigen Zeit nicht bewahrheiten, achten wir darauf.

Der Seniorenbeirat empfiehlt: mehr auf Integration und Ausbildung zu setzen, auf Schaffung geeigneter Arbeitsplätze und mehr Beratung bei der Zukunftsplanung bis hin zur Rente. Eine bestmögliche Chancengleichheit schaffen, dann werden sich die grünen

Bereiche nicht weiter ausdehnen. Der Altersarmut vorbeugen durch präventive Maßnahmen zur Altersvorsorge.

Viezuvielen Arbeitsplätze werden nur mit Mindestlohn angeboten, für das Alter zu wenig um eine ausreichend Rente zu sichern welche die Menschen in die Lage versetzt sich ausreichend selbst zu ernähren.

AG Digitalisierung:

Unser Thema „Anwendung der digitalen Medien im Alter“, hat als wichtigen Punkt für die älteren Bürger die „Digitalisierte Verwaltung“ im Focus. Es zeigte sich bei näherer Betrachtung, es gibt schon einige sehr gute und effektive Einrichtungen, den Senioren*innen Hilfestellung zu Handhabung und Bedienung digitaler Geräte anzubieten. Hier ein Auszug aus dem Veranstaltungskalender des Seniorenbüros:

Digitalisierung unserer
Gesellschaft Internet-Treff
F@irNet des Seniorenbüros
Ludwigstraße 15b

Mehrgenerationenhaus in Speyer Nord:
Digital- und Spieletreff Jeden Freitag
Spielend den Umgang mit Smartphone,
Tablet und Laptop erlernen

Computerclub
Computer-Stammtisch ist online
Zeppelinschule Speyer
(Grundschule)

Digitalbotschafter
Pfälzische Landesbibliothek
(Otto-Mayer-Str. 9 in Speyer)

Mediensprechzeit (individuelle
Hilfestellung/Beratung am
eigenen Smartphone, Laptop,
PC, Smart-TV, etc.)

Vorzugsweise sollte noch ein Angebot hinzukommen, wie nach dem Erlernen der Systeme für Smartphone, Laptop, PC, nun auch die Anwendung der digitalen Verwaltung zu handhaben ist. Hier ist die Verwaltung gefordert einen Leitfaden durch die digitale Welt der Verwaltung auszuarbeiten incl. der stadtnahen Dienstleister die mehr und mehr ihre Serviceleistungen im Internet anbieten. Dazu muss man wissen wie vorzugehen ist. Als Beispiel wie sich Unkenntnis auswirken kann, weiß derjenige zu berichten der sich einen Zugang zur papierlosen Abwicklung einer digitalen Steuererklärung bei seinem zuständigen Finanzamt eingerichtet hat.

Der Seniorenbeirat empfiehlt: für digitalisierte Verwaltungsthemen die für ältere Mitbürger wichtig werden empfiehlt es sich, zur praktischen Umsetzung entsprechende Schulung mit Übungen anzubieten.

Die Digitalisierung in allen Lebensbereichen weitet sich immer weiter aus und schon heute lesen wir täglich von Betrugsdelikten im Internet. In einem immer schneller agierenden Internet mit immer mehr Freigabebeanforderungen, wird es schwieriger zu erkennen was ist

seriös und was nicht. Diese Entwicklung kann für die immer älter werdenden, aber nutzerfreundlichen Anwender zu einer zusätzlichen Gefährdung führen.

Präventive Maßnahmen sind schwierig darzustellen. Aber wie kann geholfen werden, wenn jemand in eine Falle geraten ist? Wird durch die Manipulation auch die Funktion des Gerätes eingeschränkt, dann fehlen schon mal die Möglichkeiten wichtige Maßnahmen umzusetzen. Die Nutzer werden durch die Digitalisierung immer abhängiger von der Funktion ihrer Geräte, denn bei den meisten Institutionen sind Kontakte nur noch digital dargestellt. Einen längerfristigen Ausfall kann sich niemand leisten. Für Senioren und Seniorinnen sind die Unterstützungsmaßnahmen bei Notfällen hinsichtlich der Klärung und das Einleiten von Gegenmaßnahmen, wie eine altersgerechte notwendige Sozialmaßnahme zu behandeln

Der Seniorenbeirat empfiehlt, für die digitale Zukunft, Hilfsangebote für geschädigte Bürgerinnen und Bürger auszuarbeiten und als allgemeine, kostenlose Unterstützung anzubieten. Der wieder ins Leben gerufene Nachbarschaftshilfe sollte ermöglicht werden, ein Hilfsangebot zu vermitteln.

AG Umwelt, Stadtentwicklung, Stadtklima

Das mittlerweile schwer strapazierte Thema Umwelt und Umweltschutz wirkt sich auch direkt auf die Stadtentwicklung aus. Gut zu sehen an den Wohnungsbauplänen der Stadtplaner, betreffend einer geplanten Bebauung auf dem Gelände der Landesgartenschau. Erst betrifft es die Fläche der benachbarten Ortschaft Otterstadt, dann auch noch die verbleibenden Flächen an der Kurpfalz Kaserne. Eine totale Umkehr von den doch notwendigen Baumaßnahmen, wenn die Stadt Speyer dem Bedarf einer schnell wachsenden Stadt gerecht werden möchte. Können die ansässigen Wohnungsbaugesellschaften eine ausgewogene Bebauung realisieren, oder gibt es Einschränkungen. Sind bevorzugte Bauflächen den gewinnorientierten Investoren vorbehalten? Wohin führt der Weg, wenn es darum geht knappen Wohnraum aufzuteilen? Eine Stellungnahme zur dieser Entwicklung zeigt der Beitrag von Karl-Heinz Weinmann **(siehe Anhang)**.

Was bleibt ist die Weiterentwicklung von Verdichtungsmaßnahmen in Stadtgebieten die letztlich auch wieder nur eine Verschlechterung der Umwelt und zu Veränderungen des Stadtklimas führen wird. Wie, z.B. wirkt die aktuelle Bebauung auf die bestehenden Festlegungen der Frischluftschneisen für die Stadtteile? Stehen die Maßnahmen im Einklang mit diesen Beschlüssen? Erzeugt nicht fehlende Frischluft ein Klima überhitzter Stadtgebiete? Es bleibt ein Dauerthema wie die Speyerer Innenstadt (Maximilianstraße) als attraktive Einkaufsmeile gestaltet werden kann. Im Winter zu öde und im Sommer zu heiß, so stellt sich dieser Bereich derzeit dar.

Seit der Umwandlung zur Fußgängerzone gab es keine wesentlichen Veränderungen die zu einem Attraktivitätsschub der Straße beigetragen hat. Ist dieser Zustand noch zeitgemäß, trägt er nicht bei

zur Verödung der einst so gut frequentierten von vielen Speyerern Bürgern bevorzugte Flaniermeile für Jung und Alt. Es gäbe einige Gründe das Konzept Fußgängerzone Speyer neu zu definieren. Es gibt bestimmt sehr gute Ansätze mit Beispielen von Fußgängerzonen aus anderen Städten eine etwas stimmungsvollere und entspannende Gestaltung, einer Einkaufspassage gleich, neu zu gestalten. Dafür bedarf es einiger Änderung der aktuellen Nutzungsmöglichkeiten, die einer angepassten Umgestaltung im Wege stehen. Öde und zu heiß, braucht Alternativen, auch wenn diese andere bisherige Vorteile einschränken.

Der Seniorenbeirat empfiehlt: Er sieht hierin einen Vorstoß, Bedingungen zu schaffen für zukünftige einkaufs-und genusswillige Speyerer und für alle Besucher der Stadt aus dem Umland die Speyer „klimatisch cool“ finden sollen. Zwei Besuchermagnete sind, oder kommen in den Focus unserer Stadtgeschichte, einerseits die Zugehörigkeit der Stadt zum Verbund der SchUM-Städte, als nächstes möglicherweise die Landesgartenschau. Noch zwei Gründe einiges zu ändern.

Ein weiteres Kapitel soll nochmal Erwähnung finden welches auch zu „Speyer klimatisch cool“ eingestuft werden kann. Es betrifft den Vorschlag des Seniorenbeirates aus dem Vorjahr, einen Platz als Seniorenwalderholung auszuweisen bzw. auszuarbeiten.

Mittlerweile konnten wir auf der Homepage der Stadt das vom Seniorenbeirat vorgeschlagene Gelände als „Naturnaher Erlebnisraum“ ausmachen. Auszug aus der Beschreibung:

Ziel: Der Walderlebnisraum will Kindern und Jugendlichen den Wert der Natur mit ihren Wundern und Geheimnissen nahe bringen.

Nun muss man sich doch fragen, wieviel Plätze speziell für Kinder und Jugendliche auf dem Stadtgebiet vorhanden sind und wie viele sind speziell für Senioren und Seniorinnen eingerichtet. Ein kleines Gebiet im Wald zur Erholung und Freizeitgestaltung speziell nur der älteren Generation zugeordnet, wäre auch eine Wertschätzung für Menschen die mit ihrer Arbeit und ihrer Lebensleistung schon einiges für die Stadt beigetragen haben. Erholung an geeigneter Stelle im Wald ist auch für Senioren*innen eine im Einklang mit der Natur gesundheitsfördernde Einrichtung. Die schon angebotene Alternative, ist für kleine Gruppen die spontan aktiv sein wollen nicht annehmbar. Bei der Alternative besteht die Notwendigkeit, Termine schon zu Jahresbeginn anzumelden.

Der Seniorenbeirat empfiehlt, dass Thema Seniorenwalderholung für Senioren*innen, nicht nur auf alternative Möglichkeiten zu beschränken.

Das Thema Landesgartenschau sieht der Seniorenbeirat als unterstützungswürdig, insbesondere dann, wenn damit die Realisierung von Wohnraum und eine nachhaltige Stadtentwicklung ermöglicht werden. Eine Umfrage des Seniorenbeirates unter den Senioren*innen gibt es derzeit nicht. Das war auch unter den derzeitigen Umständen nicht möglich. Es gab die Gelegenheit zur Teilnahme an der Bürgerbefragung, möglicherweise gibt es hier Auswertungen die eine Aussage möglich machen. Sobald Speyer als Ausrichter feststeht, gibt es bestimmt Gelegenheiten sich an den folgenden Detailplanungen aktiv zu beteiligen.

Der Seniorenbeirat empfiehlt: zusammen mit allen anderen eingebundenen Institutionen auch den Seniorenbeirat entsprechend zu informieren und einzubinden.

AG Verkehr, Mobilität

Befasst man sich mit der Verkehrsentwicklung im Stadtgebiet kann man feststellen dass sehr viel getan wurde, mit verhältnismäßig wenig Aufwand den Anforderungen der neuen E-Mobilität gerecht zu werden. Die Planungen, Fahrradwege wieder auf die Straße zu verlagern, Einbahnstraßen für Fahrradfahrer in beide Richtungen freizugeben und keine Ausbau von neuen Fahrstrecke zuzulassen ist heute schon wieder in Frage zu stellen. Tatsache ist, E-Bikes und E-Skooter schaffen mühelos höhere Geschwindigkeiten als bisher. Noch, ergaben sich keine Unfallschwerpunkte in freigegebenen Bereichen mit der Beschilderung „Fahrräder frei“. Reichen die Maßnahmen aus, wenn der zu erwartende Fahrradboom und die Zahl der Skooter- Nutzer immer mehr das Verkehrsaufkommen mitbestimmen. Senioren und Seniorinnen gehören sicherlich auch dazu, für sie gibt es ein neues Zeitalter der mobilen Möglichkeiten. Die Anforderungen zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr sind unverkennbar.

Der Seniorenbeirat empfiehlt: neue für den Fahrradverkehr freigegebene Fahrradwege deutlicher zu kennzeichnen. Überall wo Gefährdungsstellen durch Veränderung der Fahrtrichtung entstehen, oder Radwege auf die Straße verlegt werden, sollte die Höchstgeschwindigkeit aller Fahrzeuge 30 km/h betragen. Eine Fahrradstadt muss etwas mehr tun für die Verkehrssicherheit der Radfahrer und neuerdings auch Skooter-Fahrer, auch im Interesse der Autofahrer, die oft in Unfälle mit Fahrrädern verwickelt sind.

Vorteilhaft sind die geplanten kleineren Schuttles für den Personennahverkehr im Stadtzentrum.

Ein erster Schritt die Hauptstrooss in Speyer zu einer Fußgängerzone werden zu lassen die den Namen auch verdient. Schon seit dem Umbau zur Fußgängerzone gehört diese Straße vormittags von Montag bis Samstag bis ca. 11 Uhr allen möglichen Lieferfahrzeugen sogar bis 7,5 T. Erst dann ist es möglich, die angebotenen Möglichkeiten der Gastronomie ohne

Lärm und Abgase zu genießen. Kein besonderes Angebot für Besucher unserer Stadt und bestimmt kein Aushängeschild für eine aktive Klimapolitik.

Ein weiterer Grund über die Verkehrssicherungspflicht nachzudenken wird mehr und mehr die Nutzung der Nord –Süd –Verbindung: Landwehrstraße, Kurt-Schumacher-Straße und Theodor-Heuss-Straße. Es liegt der Verwaltung eine Darstellung zur Begründung der Gefährdungssituationen am Beispiel Kurt-Schumacher Straße und Theodor-Heuss-Straße vor.

Der Seniorenbeirat empfiehlt: Gefährdungssituationen als solche anzusehen und geeignete Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

Auch kein Vergnügen sind die notwendigen Stopp and Go`s mit dem Auto durch die verkehrsflusshemmende Anordnung der Parkmöglichkeiten. Teilweise ist eine Fahrt von Ausweichbucht zu Ausweichbucht erforderlich, eine Anordnung die einen kontinuierlichen Verkehrsfluss ermöglichen ist nicht erkennbar. Nicht nur für Senioren und Seniorinnen sind diese Verkehrsführungen eine Ursache für Verunsicherungen im Straßenverkehr.

Das Falschparken zeigt sich als das nächste, fortschreitende Problem. Bei den Autofahrern überwiegt der Pragmatismus, wo etwas frei ist wird geparkt. Das Gehwegparken wird wohl als Regelverstoß an erster Stelle stehen. In diesen Fällen nur Strafzettel zu verteilen trägt nicht dazu bei dauerhaft geordnete Verkehrsverhältnisse zu schaffen. Die Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen

Gehwegbreite für Fußgänger lässt sich schon mal durch geeignete Markierungen unmissverständlich anzeigen. Es wurde, was das Gehwegparken betrifft, schon sehr lange Zeit immer ein Auge zugedrückt, aber die Fahrzeugentwicklung erfordert ein umdenken.

Der Seniorenbeirat empfiehlt: Zusätzliche Markierungen können die Parkmöglichkeiten eindeutig aufzeigen und somit erfassbar machen. Auch hier liegt der Verwaltung eine Darstellung des Seniorenbeirates auf dem Tisch.

AG Kultur

Es tut sich wieder etwas, zumindest zeigt dies der Veranstaltungskalender des Seniorenbüros für das zweite Halbjahr 2021. Einige gerne durchgeführte Veranstaltungen obliegen hinsichtlich der Realisierung doch noch den vorgegebenen Corona Maßnahmen bzw. den veränderlichen Vorgaben der Landesregierung und der Kommunen.

Bemerkenswert, wie doch in Speyer alles versucht wird für jeden etwas mehr Kultur zu wagen. Die Skepsis bezüglich der Ansteckungsgefahr ist durch die Vorgaben der 2G oder 3G

Regelung etwas gewichen. Es gebührt den Verantwortlichen für die Umsetzung der Kulturangebote ein großes Lob. Der kulturelle Geist in unserer Stadt hat es nicht leicht, vor allem dann nicht, wenn persönliche Engagements umzusetzen unmöglich erscheint.

Der Seniorenbeirat empfiehlt: Förderung der Kulturschaffenden in Speyer und Lockerung der Vorgaben für kulturelle Veranstaltungen. Einiges war wieder möglich, der Gitarrensommer und der Kulturbeutel, nur um mal zwei zu nennen, hat uns wieder aufhorchen lassen. Vielen Dank.

AG Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit für den Seniorenbeirat möchte dazu beitragen Informativ auf Senioren*innen einzuwirken um diese zu motivieren, aktiv zu Themen der älteren Generation Stellung zu nehmen.

Der Seniorenbeirat ist ein Gremium aus verschiedenen Interessengruppen mit viel fachlichen und kommerziellen Erfahrungen. Somit können Themen aus verschiedenen Blickwinkeln zur Diskussion kommen. Diese Themen sind entsprechend zu publizieren und der breiten Schicht der Senioren und Seniorinnen zuzuleiten. Erst dann entsteht in der Öffentlichkeit ein Meinungsbild.

Betrachten wir unser Engagement als eine Lobbyarbeit für Senioren und Seniorinnen. Arbeiten wir daran.

Ort, Datum

Schultheis Ludwig
Vorstandsvorsitzender

Anhang: 1)Wohnsituation und Mietpreise von Karl-Heinz Weinmann
2) Armut und Reichtumsbericht Speyer

Wohnsituation und Mietpreise in Speyer

27.09.2021

Beitrag der Gruppe Stadtentwicklung, von Karl Heinz Weinmann

Sehr geehrte Beiratsmitglieder/innen,

wohnen in Speyer ist teurer geworden. Immer mehr Menschen müssen fast die Hälfte ihres Verdienstes allein für eine angemessene Wohnung ausgeben. Die Miete darf nicht über die Lebensqualität der Bewohner in Speyer bestimmen.

In den letzten Jahren wurden fast nur noch hochpreisige Mietwohnungen und Eigentumswohnungen gebaut, wie zum Beispiel auf dem Marienheimgelände, Normand-Kaserne, Erlusgelände oder Petronia-Steiner-Straße im Vogelgesang. Es muss eine zielgerichtete Steuerung der Wohnungsmarktentwicklung geben, hin zur Schaffung und den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum für einheimische Haushalte, sowie der Neubau von gefördertem Wohnraum, wie bei der Baugenossenschaft, Gewo und Siedlungswerk.

2017 wurde vom Stadtrat das Wohnungsbaukonzept beschlossen. Als Kernmaßnahme ist der Neubau von 2200 Wohneinheiten bis zum Jahre 2030 .

Da Speyer als kreisfreie Stadt nur wenig Bauland zur Verfügung steht, wird eine teilweise Nahverdichtung in Baulücken nicht ausbleiben. Zudem steigt mit Zunahme älterer Menschen der Bedarf an Altersgerechten und barrierefreien Wohnraum. Es muss dringend eine ausgewogene Mischung aus Sozial und frei finanziertem Wohnraum aus Städtischen, wie auf privaten Flächen zur Verfügung stehen. Positiv zu nennen wären die Mieten, der GEWO und der Baugenossenschaft, die im Mittelwert unter 6,00 Euro pro m² liegen. Viel Menschen benötigen Wohngeld. Das Wohngeld wird von der Kaltmiete berechnet. Da sollte eine Neuberechnung her. Das Wohngeld muss von der Warmmiete aus neu errechnet werden. Das ist eine Aufgabe der neuen Bundesregierung. Die Verwaltung der Kreisfreien Stadt Speyer braucht dringend eine interkommunale Zusammenarbeit und Austausch mit den Umlandgemeinden. Ins besonders mit Dudenhofen und Römerberg. Hier sind die Verwaltung und besonders die Politik gefragt.

Loben muss ich das Speyerer Bündnis für bezahlbaren Wohnraum, das am 16.04.2019 gegründet wurde. Die Ziele, Wohnungsneubau verstärken, Wohnraum im Bestand schaffen und Schaffen von bezahlbarem, gefördertem Wohnraum ist sehr zu begrüßen. Das Bündnis macht gute Arbeit.

Seit kurzem stellt sich die Frage:

Kann die Stadt langfristig 50 bis 60.000 Einwohner verkraften, finden Seniorinnen und Senioren ihren Platz in dieser Stadt? Können bis 2030 die geplanten 2200 Wohneinheiten realisiert werden?

Dieses Ziel, mit den aktuellen und zukünftigen ausgewiesenen kleinflächigen Verdichtungen zu erreichen, ist fraglich. Offen bleibt hierbei, wie hoch wird der von bezahlbarem Wohnraum sein?

Eine bestehende soziale Unausgewogenheit bringt immer mehr junge Familien, Rentner und alleinstehende in finanzielle Engpässe, wenn es um die aktuelle Wohnsituation geht.

Die Hoffnung, über die Realisierung der Landesgartenschau eben auch zu Wohneinheiten zu kommen, den bezahlbaren Wohnungen mit angemessenem Wohnraum entstehen zu lassen, hat sich durch den Kurswechsel der Stadtspitze zerschlagen.

Man verzichtet, warum auch immer auf Bebauung von 140.000 m² Fläche, von 285 Wohnungen zwischen Kaserne und Waldseer-Straße.

Bei einem Bürgerentscheid am 26.09.2021 haben die Otterstadter Bürger die Bebauung von 10 Hektar Ackergelände für Wohn und Gewerbefläche abgelehnt.

Nun muss man sich fragen, warum braucht es eine Landesgartenschau, wenn es um die Entstehung eines neuen Wohngebietes für alle Einkommensgruppen geht.

Speyer will und muss sich ausdehnen, wenn die Einwohnerzahl steigen soll und dazu gehört, bestehendes Potential nicht komplett zu verdichten, sondern Neues zu schaffen.

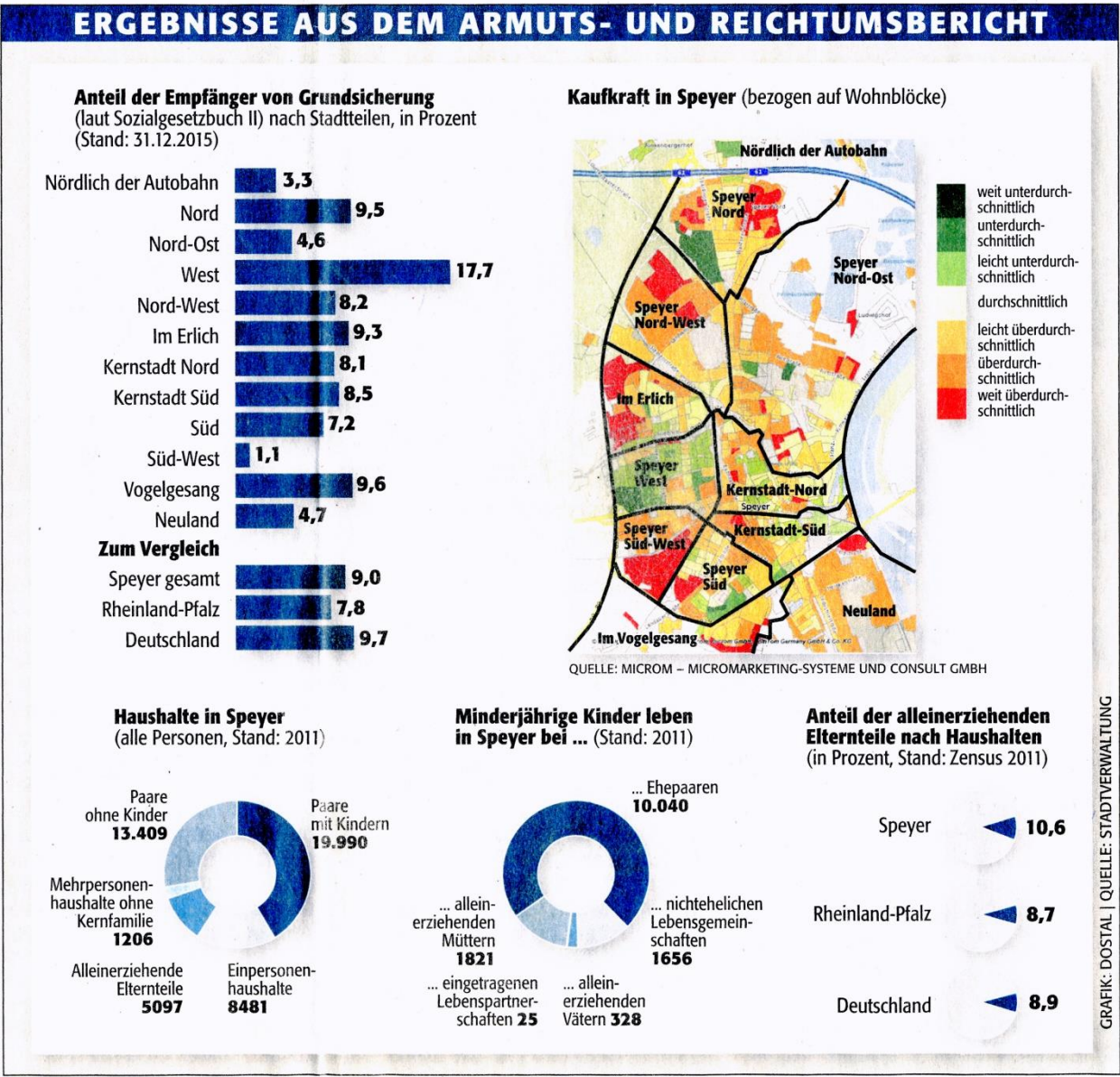
Dazu beitragen können neue, altersgerechte Wohneinheiten, eine für mehr und mehr notwendige Einrichtung in Speyer. Es bleibt derzeit unverständlich, welche Strategie der bestimmende

Faktor ist, wenn ein Verzicht auf die Baufläche mit so unterschiedlichen Argumenten dargestellt wird. Zudem wäre es eine Möglichkeit, dass die Stadt Speyer zusammen mit der Gemeinde Otterstadt, auch weitere zukünftige gemeinsame Projekte entstehen zu lassen.

Ich komme zum Schluss

Sehr geehrte Seniorenbeiratsmitglieder

Dies spiegelt die Meinung des Vorstandes des Seniorenbeirates.



Armut in vielen Lebenslagen

Seit 2015 wird an einem Armuts- und Reichtumsbericht für die Stadt Speyer gearbeitet. Das Ergebnis soll im Frühjahr 2018 vorliegen und danach fortgeschrieben werden. Es soll Handlungsempfehlungen geben, um die Situation für benachteiligte Bevölkerungsschichten zu verbessern. Eine erste Zielgruppe: Alleinerziehende.

VON PATRICK SEILER

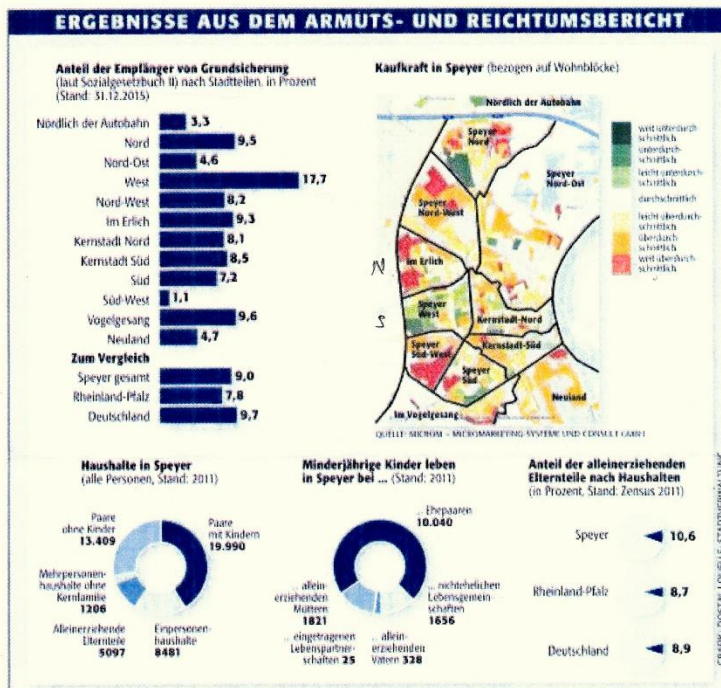
„Wir sind dabei, ein Entlastungsangebot für Alleinerziehende zu entwickeln“, sagt Ulrike Stoll. Die Sozialwissenschaftlerin ist seit 2015 bei der Stadt, arbeitet als Sozialplanerin und Psychiatriekoordinatorin. Zu- vor war sie beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg tätig. Sie kann umgehen mit den Zahlen, ohne die eine Sozialberichterstattung nicht möglich ist. Und die Zahlen lügen nicht: Für Alleinerziehende liegt die sogenannte Armutsgefährdungsquote in Rheinland-Pfalz bei 50,6 Prozent. Speyer wiederum hat eine im Landesvergleich überdurchschnittliche Quote von Eltern- teilen, die ihre Kinder alleine großziehen. Sie führen 10,6 Prozent der Haushalte; in Rheinland-Pfalz ins- gesamt sind es 8,7 Prozent, bundes- weit 8,9 Prozent. Da liegt der erste Handlungsansatz auf der Hand.

Die Statistik zeigt auch für Speyer Zusammenhänge von Bildung und Einkommen.

Jugendhilfeplanung, Sozialplan- nung, Familienhilfe und Netzwerk Familie wirken in einem Planungs- team zusammen, so Stoll. Das sei ein greifbares Ergebnis ihrer Arbeit. Andere Ergebnisse sollen folgen. Zwei von drei Teilen des Berichts hat sie weitgehend fertig – den Theorieteil sowie die Datenanalyse. Am dritten arbeite sie derzeit. Er soll die Resul- tate zusammenfassen, ein Gesamt- bild von Armut und Reichtum in Speyer zeichnen und eben Hand- lungsempfehlungen geben. Etliche Ergebnisse hat Stoll im Arbeitspro- zess schon präsentiert, hat sich den besonderen Fokus auf Kinder, Ju- gendliche, Familien und junge Er- wachsene politisch bestätigen las- sen. „Beim nächsten Mal schauen wir vielleicht verstärkt auf Frauen, dann auf Rentner“, sagt sie. Alle drei Jahre soll es eine Fortschreibung ge- ben, das sei ein Prozess, der sie durchgehend beschäftigen werde. „Der Bericht entwickelt sich.“

ANZEIGE

SonFue
10% WINTERAKTION
Pflegehilfen / Lichtschachtdenkungen
Tel. 0 63 21-480 74 56



Einfach ist das Ganze nicht. Grundproblem: die Datenlage. Viele Kennwerte liegen nur auf Landes- ebene vor, obwohl sie für die Stadt Speyer, oder noch besser: für einzel- ne Stadtteile, nötig wären. Die Ein- wohnermeldedaten, Auswertungen der Agentur für Arbeit und Daten der Wirtschaftsauskunftei Creditre- form seien deshalb ihre Hauptquel- len, so Stoll. Als eigene Erhebungen gab es eine Befragung der Mitar- beiter der Tafel und nach einem Vorbild aus Tübingen eine Befragung von Kindergarten-Eltern. Ihr Titel: „Ge- meinsam gegen Kinderarmut“. 632 von 1800 Fragebögen kamen zu- rück, eine im Vergleich gute Quote. Besonders interessant waren da- bei die 139 Antworten, denen eige- ne Erfahrungen mit Kinderarmut zugrunde lagen. Stoll: „Auskünfte über individuelle Armut zu erhal-



Allein mit Kind: für viele Speyerer ein Armutsrisiko. FOTO: DPA

ten, geht nur über Befragungen, aber dazu sind nicht alle Betroffe- nen bereit.“ Zudem werde Armut sehr unterschiedlich wahrgenom- men, nicht nur vom Ökonomischen abgeleitet. Auch Bildung, Wohnsi- tuation, soziales Umfeld oder Dro- genprobleme könnten Einfluss ha- ben. Das berücksichtige der „Le- benslagenansatz“, den Stoll der gan- zen Arbeit zugrunde gelegt hat. Es geht der Sozialplanerin dar- um, statistische Daten aus den relevan- ten Kategorien für Speyer zu erhal- ten, vergleichbar zu machen und in der Folge „übereinanderzulegen“, um etwa armutsgefährdete Stadtge- biete zu identifizieren. Sie leitet aus der Theorie Hypothesen ab, die sich teilweise auch mit den Daten bestä- tigen lassen. Zum Beispiel: In den je- nigen Stadtbezirken, in denen das schulische Bildungsniveau der Be-

völkerung vergleichsweise hoch ist, liegt die Arbeitslosenquote unter dem städtischen Mittel. Zugleich ist hier die Kaufkraft relativ hoch. Und tatsächlich: in West, Nord sowie in Wohnblock-Siedlungen der Kern- stadt Nord seien der Anteil der Be- völkerung mit Abitur und die Kauf- kraft geringer. Die Arbeitslosenquo- te jedoch höher. Umgekehrt sehe es in Nord-West, Süd-West, Nord-Ost und Neuland aus (siehe Grafik). Auf- fällig für Speyer: ein im Rheinland- Pfalz-Vergleich hohes Bildungsnive- au, aber auch eine überdurch- schnittliche Arbeitslosenquote.

Eine weitere Schwierigkeit seien die politischen Vorgaben, lässt Stoll vorsichtig durchblicken. Einen An- trag für die Fortschreibung eines früheren Sozialberichts habe es vor neun Jahren von der CDU gegeben, 2010 ergänzt von den Grünen, wo- nach es sich um einen Armuts- und Reichtumsbericht handeln soll, der auch die besonders wohlhabenden Speyerer in der Stadt nimmt. Gera- de kürzlich im Sozialausschuss gab es nochmals die Grünen-Mahnung, neben Geschlechter-Unterschieden bei den Teilhabechancen und beim Armutsrisiko den Aspekt „Reich- tum“ stärker in den Blick zu neh- men. „Dafür ist die Kaufkraft einer der wenigen Indikatoren“, sagt Stoll. Dabei fielen räumliche Parallelen innerhalb der Stadt und die große Bedeutung der Bildung auf, sehr viel mehr könne sie noch nicht sagen. „Für mich hat derzeit der Aspekt ‚Ar- mut‘ Priorität“, sagt Sozialbürger- meisterin Monika Kabs (CDU). Aber der Bericht soll sich ja entwickeln.

EINWURF

Mehrwert

VON PATRICK SEILER

Speyer ist eine Stadt, in der sehr viel für sozial Benachteiligte ge- tan wird – von der Stadt, aber vor allem auch von privaten Akteu- ren. Die Soziale-Stadt-Prozesse in Nord und West sind in dieser Hin- sicht ebenso segensreich wie wirk- sam. Die nun laufende Armuts- und Reichtumsberichter- stellung bestätigt viel Bekanntes, untermauert Vermutungen mit Zahlen. Darüber hinaus will sie neue, konkretisierte Handlungs- empfehlungen geben. Wenn sie das schafft, hat sie einen echten Mehrwert für die Speyerer.

Rheinpfalz 29. Dez. 2017